

## Zwischen Segregation und Solidarität: Ein neuer sozialer Urbanismus?

Rezension zu Redaktion MONU (Hg.) (2023): *New Social Urbanism*. In: MONU – Magazine on Urbanism 36.

Maleen Rütters

Ausgabe 36 des *Magazine on Urbanism* (MONU)[1], erschienen im Oktober 2023, stößt unter dem Titel „New Social Urbanism“ eine Debatte um den scheinbaren Wendepunkt eines sozialen Urbanismus westlicher Städte an. Der Open Call zur Einreichung von Beiträgen vom Dezember 2022 markierte einen Moment des Übergangs vom Ausnahmezustand der Pandemie zu einer noch unklaren postpandemischen Zukunft. Allerdings liest er sich weniger als Appell zur Diskussion pandemiebedingter Veränderungen des sozialen städtischen Zusammenlebens. Vielmehr soll der Übergang aus der Pandemie als Momentum begriffen werden – als Chance und als durch die Umstände bedingte Notwendigkeit, das soziale Gefüge des Städtischen neu zu bewerten.

Der Begriff neuer sozialer Urbanismus erinnert inhaltlich an den im deutschsprachigen Urbanismuskurs von Hartmut Häußermann und Walter Siebel (1987) geprägten Ausdruck „Neue Urbanität“. Darunter diskutierten die beiden Autoren sozialräumliche Veränderungen im Zuge des ökonomischen Strukturwandels westdeutscher Städte Ende des 20. Jahrhunderts. Auf ähnliche Weise adressieren die Autor\_innen

Abb. 1 Cover MONU – Magazine on Urbanism 36 (Quelle: Das Titelbild ist Teil des Beitrags „2091: The Ministry of Privacy“ von Maxime Matthys. © Maxime Matthys)



in MONU 36 Themen wie soziale Segregation und Polarisierung von Urbanität. Während Häußermann und Siebel im Kontext von Medialisierung und ökonomischer Differenzierung die eher pessimistische Prognose des Verfalls einer einstigen „eindeutig bestimmbaren und abgrenzbaren Stadtkultur“ (ebd.: 238) formulierten, richten die Autor\_innen in der MONU mehr als ein Vierteljahrhundert später ihren Blick stärker auf partizipative Gestaltungsmöglichkeiten des Städtischen, aber auch auf integrative urbane Prozesse und gelebte Praktiken des Urbanen. Zugleich reflektieren sie die weiterhin bestehende und teils zugespitzte Segregationsproblematik, die durch verstärkte globale Verflechtungen und digitale Entwicklungen noch komplexer geworden ist als zur Zeit von Häußermann und Siebel.

In MONU 36 wird damit erneut – oder noch immer – diskutiert, ob sich nach Analysen sozialer Zustände und veränderter städtischer Strukturen ein „neues soziales Zeitalter“ (Upmeyer 2022: Abs. 5; Übers. d. A) definieren lässt und falls ja, welche soziokulturellen, sozialräumlichen und sozialpolitischen Merkmale dieses auszeichnen. Dabei soll das Soziale im noch undefinierten Begriff „neuer sozialer Urbanismus“ nicht nur als Zustand verstanden werden, sondern auch als eine *zu gestaltende* Qualität, dann einem im Magazin veröffentlichten Interview mit der US-amerikanischen Soziologin Sharon Zukin zufolge ist „Urbanismus inhärent und per Definition sozial“ (Upmeyer 2023: 13; Übers. d. A).

In den unabhängig voneinander eingereichten Beiträgen nehmen die internationalen Stadtforscher\_innen, Sozial- und Kulturwissenschaftler\_innen und Architekt\_innen sowohl skeptische als auch zuversichtliche Positionen zur Beurteilung dieser Qualität des Sozialen ein. Diese Rezension setzt im Folgenden neun der in den Beiträgen formulierten Positionen miteinander in Verbindung. Dabei will sie die mit dem Magazin angestoßene Debatte über eine Rekonzeptualisierung des städtischen Zusammenlebens in Hinblick auf die Überwindung sozialräumlicher und sozialökonomischer Segregation erneut beleuchten.

Sämtliche näher betrachteten Beiträge thematisieren alternative Ansätze städtischer Governance, sozialpolitische Herausforderungen (wie die Wohnungskrise), die Überwindung stigmatisierender Perspektiven auf den sozialen Wohnungsbau oder alternative Leitbilder im Städtebau im Kontext von Segregation. Zusätzliche Perspektiven eröffnen die Beiträge, die gegen Ende der Rezension aufgegriffen werden. Sie befassen sich mit dem Einfluss digitaler und virtueller Technologien auf soziale Relationen

sowie auf Arbeit-Raum-Strukturen. Konzeptionell lassen sich die 20 Beiträge verschiedenen Debatten zur sozialen Raumproduktion innerhalb der Kritischen Stadtforschung zuordnen. Dabei betrachten die Autor\_innen den sozialen städtischen Raum als gesellschaftlich hergestellt und veränderbar. Die Beiträge knüpfen unter anderem an feministische Debatten zu Care und zu städtischen Sorgeethiken an. Sie berufen sich auf Wechselbeziehungen zwischen sozialer Reproduktion und städtischem Raum, thematisieren Commoning und Urban Commons im Kontext neuer Governance, argumentieren aus Perspektiven des Postwachstums oder der Finanzialisierungs- und Privatisierungskritik und greifen Diskurse zu Segregation, sozialem Wohnungsbau und Bodenfrage als unterschiedliche Facetten der städtischen Wohnungsfrage auf.

Bezogen auf Segregation zeichnen die Beiträge vor allem Debatten über soziale Stigmatisierung nach und formulieren eine Kritik an Strategien wie dem sogenannten sozialen Mix oder der infrastrukturellen Konnektivität zur Überwindung von Segregation. Auch wenn die Ausgabe einen neuen sozialen Urbanismus nicht abschließend definieren kann und die Beiträge thematische Lücken hinterlassen, nähern sie sich in ihrer Gesamtheit doch einer aufschlussreichen, kritischen Revision und Retheoretisierung sozialer urbaner Qualitäten an. Einvernehmlich steht dabei die Suche nach möglichen Gegennarrativen zu einem kompetitiven, kommodifizierten und segregierten Urbanismus im Zentrum.

### 1. Alternative Ansätze städtischer Governance

Im ersten Beitrag, „Vulnerable city“, stellt Maria Reitano (2023) die grundlegende Frage, wie ein neuer sozialer Urbanismus möglich ist, wenn das hegemoniale westliche Paradigma der Raumproduktion auf einem antisozialen Prinzip der Individualisierung aller Lebensaspekte basiert (ebd.: 1). Reitano beschreibt am Beispiel einer marginalisierten und segregierten Nachbar\_innenschaft von Scampia, einem Stadtrandbezirk im Norden von Neapel, wie kollektive Fürsorge und soziale Vulnerabilität dabei helfen, das Gefühl zu überwinden, den diskriminierenden Effekten einer antisozialen Raumproduktion ausgeliefert zu sein. Die Menschen in dem Viertel emanzipieren sich von ihrer sozialen Vulnerabilität und Prekarität und wechseln in einen Zustand kollektiver Fürsorge und des Widerstands, indem sie gemeinschaftliche Sorgeinfrastrukturen organisieren. Ausgehend von einer marxistisch-feministischen Kritik am kapitalistischen Ideal eines selbstermächtigenden, selbstverantwortlichen,

produktiven und konsumierenden Individuums sowie der damit verbundenen Marginalisierung und räumlichen Ausgrenzung all jener, die dieses Ideal nicht erfüllen, plädiert Reitano für eine Repolitisierung, Dekommodifizierung und Neuausrichtung von Strukturen urbaner sozialer Reproduktion (ebd.: 6). In der Anerkennung der Prozesse des Für- und Miteinandersorgens sieht die Architektin und Stadtforscherin eine zentrale Triebkraft für sozialen Urbanismus und einen Ansatz zur Transformation in Richtung einer inklusiven Stadtentwicklung (ebd.: 8).

Trotz der plausiblen Darstellung dieser Zusammenhänge anhand der sozialräumlichen Entwicklung der Nachbar\_innenschaft in Scampia bleibt undeutlich, ob Reitanos Beispiel der ihrer Kritik am neoliberalen Paradigma einer Selbstsuffizienz von Individuen gerecht wird. Eine feministische städtische Sorgeethik setzt voraus, dass Care-Arbeit als gleichberechtigte Versorgung sozialer Bedürfnisse verstanden wird, die sowohl gesamtgesellschaftlich strukturiert als auch institutionell abgesichert ist, damit sie aus der Verantwortlichkeit des produktiven Individuums herausgelöst wird (Strüver/Rivka 2024). Daher stellt sich die Frage, inwiefern die kollektive Selbstermächtigung bereits marginalisierter Gruppen – die ohne eine Gewährleistung oder Verantwortungsübernahme seitens städtischer Institutionen oder privilegierterer Gruppen auskommen muss – tatsächlich einen Gegenpol zu neoliberalen patriarchalen Urbanisierungstendenzen darstellt, oder ob sie nicht vielmehr dem moralisierenden Paradigma des selbstermächtigenden Individuums zuspielt. Eine Betrachtung des Fallbeispiels aus einer stärker politökonomischen Perspektive – etwa unter Berücksichtigung der Privatisierung von Fürsorgeleistungen, Austeritätspolitik und der daraus resultierenden ungleich verteilten sozialen Belastungen von Care-Arbeiten oder Segregation – könnte hier weitere Erkenntnisse liefern.

Einen weiteren Ansatz zur demokratischen Selbstorganisation von Bürger\_innen – zum Commoning, thematisiert Nuria Ribas Costa im Beitrag „New rights, new needs, new rules. Commoning as a way to reclaim collective governance of cities“ (2023). Commoning wird verstanden als eine an Gemeingütern ausgerichtete Wirtschafts- und Organisationsweise von Räumen und Ressourcen, die nicht profitorientiert ist und sich weitestgehend marktwirtschaftlicher und staatlicher Steuerung entzieht (Exner/Kratzwald 2021).

Im Unterschied zu Reitano geht Ribas Costa konkreter auf spezifische rechtliche Aspekte und praxisrelevante Bedingungen kollektiver

Selbstorganisation ein. In Bezugnahme auf die *Urban Commons* und das *Recht auf Stadt* (Harvey 2013) zeigt die Journalistin und Juristin, wie Commoning in der Stadt eine progressive Alternative zur Obsoleszenz neoliberaler Stadtpolitik darstellt und das Potenzial hat, soziale Bedürfnisse angemessen und demokratisch zu versorgen (ebd.: 45). Mit dem Argument der Obsoleszenz städtischer Governance rückt Ribas Costas Beitrag die Problematik der Erosion administrativer Handlungsfähigkeit in den Vordergrund der Debatte um alternative soziale Organisationsstrukturen.

In ihrem Beitrag bezieht sich die Autorin auf das Projekt „The Court of The City“ in Valencia – eine informelle, aber öffentlich unterstützte Graswurzelinstitution, die sich der Konfliktlösung und Entscheidungsfindung gemeinschaftlicher organisierter städtischer Räume widmet. Die Autorin zeigt, wie die Verankerung von Grundsätzen des Commoning in informelles Recht – die „Charter of the City“ – der Organisation als normative und konstitutive Handlungsgrundlage für die weitere Realisierung kollektiver demokratischer Prozesse dient.

Im Unterschied zu formalem Recht steuert die Graswurzelinstitution auf Grundlage vernakulären oder informellen Rechts lokale demokratische Verwaltungsprozesse, die sich bewusst regulären staatlich-rechtlichen Verfahren entziehen, um die Defizite öffentlicher lokaler Verwaltungsstrukturen durch Alternativen zu adressieren (ebd.: 49).

Commoning wirft in der Praxis zahlreiche Fragen auf. Neben den rechtlichen Herausforderungen zählen dazu die Vereinbarung unterschiedlicher Interessen in Bezug auf die zu teilenden Ressourcen und den Zugang zu diesen (Borch/Kornberger 2015). Leider lässt der Beitrag offen, wie das vorgestellte Projekt „The Court of The City“ diesen Herausforderungen gerecht werden kann – insbesondere hinsichtlich der Privatisierung städtischen Raums und einer marktwirtschaftlichen Bodenpolitik.

Konzeptionell beschreiben die von Ribas Costa vorgestellten Grundsätze für ein effektives Commoning nicht nur kollektive Rechte, sondern auch die Notwendigkeit von kollektiven Ressourcen oder Gemeinschaftseigentum (*collective ownership*, ebd.: 46). Dabei betont sie die Differenzierung zwischen *ownership* und *property* für das Verständnis der Stadt als Commons. Während *property* den rechtlich-formalen Status eines Besitzverhältnisses bezeichnet, bezieht sich *ownership* im dargestellten Fall auf die gelebte Praxis gemeinschaftlicher Verantwortung, die Entkommerzialisierung und Wiederaneignung von Ressourcen sowie auf die Übertragung von Entscheidungsmacht an

Bürger\_innen. Diese Unterscheidung korrespondiert in der Commons-Debatte mit dem konzeptuellen Rahmen wie dem von Jesse C. Ribot und Nancy Lee Peluso (2003: 1), die eine erweiterte Differenzierung zwischen Zugang (*access*) und Eigentum bzw. Besitz (*property*) formulieren. Im Gegensatz zu einem klassischen Verständnis von Eigentümer\_innenschaft (*ownership*) als einem mit einem Rechtstitel verknüpften und per Gesetz anerkannten Status definieren Ribot und Peluso *access* als „die Fähigkeit, Vorteile aus Dingen zu ziehen“ (ebd.: 153; Übers. d. A.). Dieses Konzept erweitert den Fokus über formale Rechte hinaus auf ein „Bündel von Mächten“ (ebd.: 154; Übers. d. A.), das eine breitere Palette sozialer Beziehungen und Mechanismen umfasst. Diese ermöglichen es Menschen oder schränken sie dabei ein, von Ressourcen zu profitieren – auch ohne formelle Eigentumsrechte. Die von Ribas Costa beschriebene gelebte Praxis der *ownership* – also gemeinschaftliche Verantwortung, Entkommerzialisierung, Wiederaneignung und Bürger\_innenbeteiligung – kann somit als Ausdruck eines solch differenzierten Verständnisses von Urban Commons verstanden werden.

Darüber hinaus ist der Artikel aufschlussreich, da er ein wesentliches Argument für die Relevanz und Notwendigkeit von Commoning und damit auch von anderen alternativen sozialgemeinschaftlichen Praktiken und Politiken darlegt: In Reaktion auf die Skepsis gegenüber Selbstverwaltungsansätzen, die häufig als Rückzug städtischer und staatlicher Institutionen aus der Verantwortung für die Versorgung sozialer Bedürfnisse von Bürger\_innen interpretiert werden, entfaltet Ribas Costa ihre These der Obsoleszenz konventioneller Governance. Traditionelle Formen städtischer Verwaltung in Spanien, so ihr Argument, hätten sich als ineffektiv, überfordert und oft unfähig erwiesen, auf die Bedürfnisse der Bürger\_innen zu reagieren. Es sei daher unumgänglich, neue und flexiblere Verwaltungsprozesse zu entwickeln, um Städte aus ihrer gegenwärtigen Handlungsunfähigkeit zu befreien. Vernakuläres Recht – etwa das, auf das sich „Court of the City“ (vgl. ebd.: 48 f.) beruft – könne zudem langfristig in formales Recht übertragen werden. Commoning sollte daher Ribas Costa zufolge nicht als Rückschritt angesichts der Notwendigkeit universell zugänglicher öffentlicher Versorgungsleistungen verstanden werden, sondern vielmehr als Anerkennung der Grenzen und der Überalterung konventioneller städtischer Verwaltungsprozesse.

## 2. Wohnungskrise und Wachstumsparadigma

Im Interview „Social by definition“ (Upmeyer 2023) äußert Zukin angesichts bestehender Macht- und Interessensunterschiede bei der demokratischen Teilhabe an Stadtentwicklung und -planung pessimistisch über die Perspektiven eines neuen sozialen Urbanismus. Am Beispiel der Stadt New York City thematisiert Zukin ähnlich wie Ribas Costa die politische Unfähigkeit städtischer Regierungen, adäquat auf soziale Versorgungskrisen wie die soziale Wohnungsnot zu reagieren. Sie betrachtet diese jedoch vordergründig im Kontext von Finanzialisierung und einer marktwirtschaftlichen städtischen Bodenpolitik. Wie viele Metropolen stehe die Stadt seit der Finanzkrise 2008 vor der Herausforderung einer chronischen fiskalischen Krise. Für dringende soziale Bedürfnisse wie die Wohnraumversorgung fehlten sowohl Individuen als auch der Stadt die nötigen finanziellen Mittel, weshalb die Kommune auf Kooperationen mit privaten Immobilienentwickler\_innen angewiesen seien (ebd.: 16). Das habe Folgen für den sozialen Urbanismus. Dieser laufe Zukin zufolge „Gefahr, nicht nur aus Profitinteressen, sondern auch aufgrund des Ziels der Stadtregierung, auf Wachstum hin zu bauen, verdrängt zu werden“ (ebd.: 17; Übers. d. A). Neben finanziellen Herausforderungen und wachstumsorientierten Strategien sieht Zukin die Ursache für eine *Krise des sozialen Urbanismus* auch in der administrativen Struktur föderaler Regierungen. Diese böten Städten nur begrenzte Handlungsspielräume, um effiziente rechtliche und stadtplanerische Maßnahmen zum Schutz von Mieter\_innen in Wohnungskrisen umzusetzen.

## 3. Segregation, sozialer Wohnungsbau und städtebauliche Maßnahmen

Zwei Beiträge – „The life within buildings: Towards a new housing policy“ von Christoffer Juesélius und Helen Runting (2023) sowie „Unforgetting the public city – can a new social urbanism redeem Italian public housing neighbourhoods“ von Constanze Wolfring (2023) – reflektieren kritisch die soziale Wohnraumversorgung und Segregation im Kontext einer radikalen Kehrtwende der europäischen Sozialwohnungspolitik in den letzten 50 Jahren. Beide Artikel thematisieren die Entwicklung suburbaner Wohnquartiere, die im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus der Nachkriegsmoderne in Italien (Wolfring) und in Schweden (Juesélius/Runting) entstanden. Die Autor\_innen plädieren für eine Neubewertung der Qualitäten von Sozialwohnungsquartieren, vertreten aber zum Teil

unterschiedliche Positionen zu sozialpolitischen und städtebaulichen Perspektiven zum Umgang mit Segregation.

Auf Grundlage vorausgehender Untersuchungen verschiedener Sozialwohnungs Viertel in Italien und Schweden stellen beide Beiträge in vielen dieser Viertel strukturelle soziale Probleme fest, lehnen jedoch eine pauschale Einordnung der Sozialwohnungskomplexe als problematisch ab. Die suburbanen Wohnungsbauten der Nachkriegsmoderne, die in vielen europäischen Städten nach dem Zweiten Weltkrieg einst als Ausdruck eines gesamtgesellschaftlichen ökonomischen und architektonischen Aufschwungs galten, sind heute oft unfreiwilliger Weise die Wohnorte einer neuen Generation von Menschen, die strukturell und räumlich vom einstigen Wohlstandsversprechen ausgeschlossen sind (Wolfring 2023: 39). Juesélius und Runting kritisieren vor allem die dichotome Einordnung attraktiver und weniger wünschenswerter Wohnungstypologien – etwa die Vorstellung vom bürgerlichen vormodernen städtischen Perimeterblock als Idealtypus sozialen Städtebaus. Ein idealisiertes Verharren auf Ideen des städtischen Zusammenlebens nach Jan Gehl (2011) oder Jane Jacobs (1992) reproduziere eine Vernachlässigung und Stigmatisierung anderer Wohnformen – etwa wohlfahrtsstaatlicher Wohnungsbauprojekte der Nachkriegsmoderne – während grundlegende Fragen der Wohnungsnot unbeantwortet blieben (Juesélius/Runting 2023: 32). Die annehmlich inhärente architektonische Dysfunktionalität ganzer Nachbar\_innenschaften lenke demnach zudem von der Auseinandersetzung mit politisch zu verantwortenden Entscheidungen ab, etwa vom jahrzehntelangen Rückbau des Wohlfahrtsstaates, von Marktliberalisierung, Deregulierungsmaßnahmen und einer unkontrollierten Privatisierung (ebd.: 30). Die Autor\_innen fordern ein Ende paternalistischer und repressiver Debatten zugunsten einer verbesserten Integration gesellschaftlich segregierter Bewohner\_innen. Sie kritisieren die in Schweden vorherrschende überproportionale Fokussierung auf räumliche und städtebauliche Aspekte wie Vernetzungs- und Verdichtungsmaßnahmen als Strategie zur Lösung sozialer Probleme.

Der Beitrag von Juesélius und Runting lässt sich auch der kritischen Debatte über einen sogenannten sozialen Mix als Strategie zur Überwindung von Segregation einordnen. Die Vorstellung, dass ärmere Viertel durch eine stärkere soziale Durchmischung vermeintlich aufgewertet werden müssten oder dass eine infrastrukturelle Anbindung an kommerzialisierte Zentren Probleme von Segregation überwinden

könnte, zeigt ebenso wie die Tatsache, dass in Gebieten mit hohen Grundstückspreisen selten Sozialwohnungen gebaut werden, dass weder der soziale Mix noch Konnektivitätsmaßnahmen strukturelle Ungleichheiten beseitigen können (ebd.: 34). Ähnlich wie Reitano argumentieren die Autor\_innen stattdessen für eine Anerkennung sozialer Vulnerabilität – verstanden nicht als Defizit, sondern als Chance für eine politische Mobilisierung, welche die Interdependenzen zwischen verschiedenen sozialen Schichten in den Vordergrund rückt und die Armut als entscheidendes soziales Problem sichtbar macht.

Im Unterschied zu Wolfring nehmen Juesélius und Runting eine unitaristischere Perspektive auf Segregation ein. Sie argumentieren, dass die grundlegende Einkommensdimension und die materielle Ungerechtigkeit in Verbindung mit einer unzureichenden Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum weiterhin die Hauptursache für sozial-räumliche Segregation ist und als solche auch anerkannt werden sollte. Wolfring kritisiert hingegen gerade, dass der soziale Wohnungsbau in Italien jahrzehntelang vordergründlich aus einer politischen, sozialen und ökonomischen Perspektive diskutiert wurde anstatt aus einer räumlichen. Sie argumentiert, dass ein neuer sozialer Urbanismus gleichzeitig stärker aus städtebaulicher und architektonischer Perspektive erfolgen müsse. Ihrer Ansicht nach signalisieren infrastrukturelle Maßnahmen und Renovierungen effektiv, dass die Nachbar\_innenschaften nicht abgelehnt oder benachteiligt werden. Zur Diskussion stehen also die Wechselwirkungen zwischen Raum und Gesellschaftsstrukturen sowie die Frage, inwieweit Städtebau und Architektur Segregation beeinflussen können.

#### 4. Virtuelle Realitäten und digitale Technologien im Urbanismus

Neben Beiträgen, die sich mit urbaner Governance, der städtischen gebauten Umwelt, Segregation und Wohnungskrise befassen, präsentiert die Ausgabe auch Untersuchungen des Einflusses virtueller Realitäten und digitaler Technologien auf einen neuen sozialen Urbanismus. Es handelt sich um die drei Beiträge „From the global village to the global home“ von Serafina Amoroso (2023), „Post public space“ von Francisco Silva (2023) und „The everyday immersive, technology as medium to rethink spatiality“ von Tatjana Crossley (2023). Spätestens seit der Coronapandemie, die mit erweiterten Möglichkeiten sozialer Interaktion, veränderten Arbeitsweisen und neuen Dimensionen sozialer Marginalisierung

einherging, sind konzeptionelle Neuausrichtungen sozialer städtischer Debatten erforderlich. Amoroso sieht in der Pandemie einen entscheidenden Wendepunkt bei der Konstitution eines neuen sozialen Urbanismus. Physische urbane Räume verlieren demnach nicht an Bedeutung, vielmehr verschmelzen die Qualitäten und Funktionen verschiedener Raumtypologien zunehmend miteinander und transformieren sich durch neue hybride Interaktionen und virtuelle Beziehungen. In der Auflösung von Dichotomien wie privat vs. öffentlich oder physisch vs. virtuell sehen auch Crossley und Silva neue Möglichkeiten: Veränderte Raumverhältnisse sowie soziale und geographische Nähe-Distanz-Beziehungen stellen bisherige Verständnisse von Gebäuden, Governance, Mobilität, Legalität oder Eigentum infrage und eröffnen eine Erprobung neuer alternativer Architekturen, aber auch neuer Nutzungs- und Organisationsweisen.

Aus dieser funktionalen konzeptionellen Perspektive lässt sich tatsächlich ein Übergang zu einem neuen sozialen Urbanismus definieren. Dessen konkrete Formen und Auswirkungen auf Städte und Herausforderungen wie Segregation bleiben jedoch weiterhin unklar. Ein solcher „vierdimensionaler Urbanismus“ (Amoroso 2023: 79; Übers. d. A.) birgt jedoch nicht nur positive Möglichkeiten, sondern auch neue Dimensionen von Segregation. Der Einfluss von Techgiganten wie Google oder Meta, der Einsatz von Algorithmen sowie der selektierbare Zugang zu Informationen bestärkt die Validität von Lefebvres Argument für ein *Recht auf Stadt* (Lefebvre/Schäfer 2016) auch auf der digitalen Ebene. Amoroso spricht in diesem Zusammenhang von einem „informationsbezogenen Recht auf Stadt“ (Amoroso 2023: 77; Übers. d. A) – also das Recht, mit Informationen frei und kritisch interagieren zu können und einen digitalen Urbanismus gemeinschaftlich und demokratisch mitgestalten zu dürfen.

Silvas Beitrag (2023) ergänzt diese Diskussion durch theoretisch-philosophische Perspektiven auf einen neuen sozialen Urbanismus. In einer hypothetischen Betrachtung stellt er die Frage, was zukünftig geschieht, wenn die soziale Qualität öffentlicher Räume schwindet und diese ihre gewohnte Identität verlieren (ebd.: 65). Im Istzustand der sozialen Sphäre hätten Silva zufolge die Globalisierung und das Internet eine diffuse öffentliche Raumform geschaffen, in der zuvor marginalisierte, aber konträre und spaltende Positionen in einer komplexen „kleidoskopähnlichen Umwelt“ (ebd.: 66) miteinander interagieren und in der jeder

potenziell im gleichen Raum koexistieren kann. Eine solche Situation des sozialen Raums sei historisch beispiellos (ebd.: 67). In seinen an strukturationstheoretische Überlegungen angelehnten Reflexionen möglicher Verläufe von „Transzendenzprozessen“ und „Metamorphosen“ (ebd.: 66 f.) bezieht sich Silva auf die Wechselbeziehung zwischen strukturellen gesellschaftlichen Transformationen und sich verändernden Definitionen und Morphologien von Raumeinheiten wie dem öffentlichen Raum. Diesen Wandlungsprozessen gehe zunächst ein Bedeutungsverlust von Kategorien voraus, der bis hin zu einer „Tabula rasa“-Situation führen könne, auf die sowohl unbegrenzte Neuinterpretationen der verlorenen gegangenen Bedingungen als auch eine radikal-extreme Polarisierung folgen könne (ebd.: 66). Zur Verdeutlichung seiner Argumentation zieht Silva Analogien zu den Überlegungen des Architekturhistorikers Anthony Vidler (1999) und des Philosophen Jean Baudrillard (2019). Nach seiner anfänglichen dystopischen Darstellung des öffentlichen städtischen Raums – in dem moralische Dekadenz, Konflikte und Polarisierung infolge digitaler Entfremdung und anonymisierter virtueller Interaktionen einen Höhepunkt erreicht haben – gelangt Silva gegen Ende des Beitrags zu der Prognose, dass trotz und gerade aufgrund der aufgelösten Identität des sozialen Raums eine Neuformierung und Wiederentdeckung verlorener Qualitäten wahrscheinlich sei.

### 5. Fazit

Zusammengefasst bleibt die Frage nach einem neuen sozialen Urbanismus in den Betrachtungen, Analysen und Theoretisierungen der MONU 36 unbeantwortet. Wie Silva darstellt, vollziehen sich Transformationen gesellschaftlicher Verhältnisse und der darin enthaltenen Definitionen und Qualitäten zwar einerseits kontinuierlich, jedoch andererseits in verschiedenen und teilweise widersprüchlichen Richtungen sowie auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen. Die Beiträge des Heftes liefern in ihrer Gesamtheit keine eindeutigen Antworten auf die Frage nach einem neuen sozialen Urbanismus. Sie bieten aber Einblicke in eine interdisziplinäre und offene Diskussion gesellschaftlicher, politischer, städtebaulicher und planerischer Herausforderungen sozialer Veränderungen des Urbanismus.

Bezogen auf die eingangs gestellte Frage nach den Möglichkeiten einer Überwindung sozialräumlicher und sozioökonomischer Segregation betonen einige Autor\_innen vor allem die Wirkmächtigkeit

lokalen Handelns. Sie stellen dementsprechend Ansätze von demokratischer Selbstorganisation, Solidarität und Gemeinschaft in den Mittelpunkt. Andere Beitragende hinterfragen hingegen, inwieweit solche Strukturen den Konditionen übergreifender antisozialer politökonomischer Rahmenbedingungen überhaupt standhalten können und inwieweit sie Gefahr laufen, vereinnahmt zu werden – wodurch soziale Ungleichheiten und räumliche Ausschlüsse erneut reproduziert würden. Außerdem kommen in den Beiträgen politische Forderungen sowohl nach Selbstbestimmtheit und Solidarität innerhalb der städtischen Bevölkerung als auch nach einer wohlfahrtsstaatlichen Gewährleistung sozialer Grundbedürfnisse zum Ausdruck. Die Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit Segregation erscheinen so in einem Spannungsfeld zwischen einer Sorgeethik als normativem Rahmen eines neuen sozialen Urbanismus und der Kritik an Paternalismus entsprechender Integrationsbemühungen.

Die Beiträge der MONU 36 verdeutlichen die Notwendigkeit, Segregation sowie Ansätze zu deren Überwindung stets zusammen mit ihren jeweiligen gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen zu betrachten. Dabei gilt es zu unterscheiden zwischen Ansätzen, die hegemoniale Politiken und Praktiken grundlegend herausfordern und solchen, die sich als sozial nachhaltig präsentieren, letztlich jedoch antisoziale Strukturen fortschreiben (Schneider 2023). Sharon Zukin warnt in diesem Kontext vor dem Aufkommen eines „Pseudourbanismus“ (Upmeyer 2023: 18; Übers. d. A.). Die Gestaltung und Rekonzeptualisierung eines neuen *sozialeren* Urbanismus erfordert so gesehen eine transparente und grundlegende Auseinandersetzung mit den Ursachen von sozialer Ungerechtigkeit und Segregation.

*Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.*

## Endnoten

- [1] MONU ist ein englischsprachiges, diskursives und nicht-kommerzielles Printmagazin für Urbanismus, das jährlich von BOARD Publishers in Rotterdam herausgegeben wird. Die Inhalte umfassen sowohl ausgewählte Beiträge von Expert\_innen raumbezogener und sozialwissenschaftlicher Disziplinen als auch Interviews und dokumentarische Fotografiefarbeiten. Trotz der akademischen Hintergründe der Beitragenden ist MONU keine akademische Fachzeitschrift. Das Magazin fördert einen kritischen Diskurs zum Thema Urbanismus für eine interdisziplinäre Leser\_innenschaft aus Theorie und Praxis.

## Zwischen Segregation und Solidarität: Ein neuer sozialer Urbanismus?

### Autor\_innen

**Maleen Paula Rùthers** (sie/ihr) ist Stadt- und Landschaftsgeographin. Sie arbeitet zu raumtheoretischen Fragen und beschäftigt sich derzeit mit Altdeponien als post-natürliche Stadt-Landschaftsform.  
maleenruethers@gmail.com

### Literatur

- Amoroso, Serafina (2023): From the global village to the global home. In: MONU 36, 74-80.
- Borch, Christian / Kornberger, Martin (Hg.) (2015): Urban commons. London/New York: Routledge.
- Baudrillard, Jean (2019): Simulacra and simulation. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Crossley, Tatjana (2023): Technology as medium to rethink spatiality. In: MONU 36, 68-73.
- Exner, Andreas / Kratzwald, Brigitte (2021): Solidarische Ökonomie & Commons. INTRO – Eine Einführung. Wien/Berlin: mandelbaum.
- Gehl, Jan (2011): Life between buildings: Using public space. Washington: Island Press.
- Harvey, David (2013): Rebellische Städte: Vom Recht auf Stadt zur urbanen Revolution. Berlin: Suhrkamp.
- Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter (1987): Neue Urbanität. Erstausgabe. Berlin, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Jacobs, Jane (1992): The death and life of great American cities. New York: Vintage Books.
- Juesélius, Christoffer / Runting, Helen (2023): The life within buildings: Towards a new housing policy. In: MONU 36, 30-37.
- Lefebvre, Henri / Schäfer, Christoph (2016): Das Recht auf Stadt. Hamburg: Edition Nautilus.
- Reitano, Maria (2023): Vulnerable city. In: MONU 36, 4-9.
- Ribas Costa, Nuria (2023): New rights, new needs, new rules. In: MONU 36, 44-49.
- Ribot, Jesse C. / Peluso, Nancy Lee (2003): A theory of access\*. In: Rural Sociology 68/2, 153-181.
- Silva, Francisco (2023): Post-public space. In: MONU 36, 65-67.
- Schneider, Tatjana (2023): Do nothing for as long as possible. In: MONU 36, 24-29.
- Strüver, Anke / Rivka, Saltiel (2024): Kritische Stadtgeographie der Sorgeethik. In: Bernd Belina / Matthias Naumann / Anke Strüver (Hg.), Handbuch Kritische Stadtgeographie. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Upmeyer, Bernd (2022): New social urbanism, 5.12.2022. <https://b-o-a-r-d.nl/?p=9094> (letzter Zugriff am 10.11.2024).
- Upmeyer, Bernd (2023): Social by definition. Interview with Sharon Zukin. In: MONU 36, 13-20.
- Vidler, Anthony (1999): The architectural uncanny: essays in the modern unhomey. Cambridge: MIT Press.
- Wolfring, Constanze (2023): Unforgetting the public city. In: MONU 36, 38-43.

